

Möglicher Prognosezeitraum und notwendiger Isolationszeitraum

Weiterhin, darauf weist Mehnert ebenfalls hin, ist der Zeitraum von einer Million Jahre nicht der notwendige Isolationszeitraum, sondern der Zeitraum, für den nach Ansicht von geologischen Experten bei den in Deutschland vorherrschenden geologischen Verhältnisse tragfähige Prognosen gewagt werden könnten. Der notwendige Zeitraum dagegen ergebe sich aus dem Abfallinventar, den Schutzzielen, die man anstrebe, und den Modellvorstellungen, die man zugrunde lege. Hier seien selbst beim für das Endlager Konrad vorgesehenen Abfallinventar eher 10 Millionen Jahre anzusetzen. Also nicht bis zum Jahr 1 002 005, sondern bis zum Jahr 10 002 005 sollten die Abfälle von der Anthroposphäre isoliert werden.

Die Geologie ist eine beschreibende Wissenschaft, die sich mit der Vergangenheit befaßt. Prognosen sind die Ausnahmen. Bei der Endlagerproblematik trauten sich die Geologen (auch im Ak End) inzwischen 1 Million Jahre zu. Das ist jedoch reine Spekulation, so Mehnert. Fundierte wissenschaftliche Literatur habe ihm bisher noch niemand nennen können. Andererseits sei die zeitliche Entwicklung der Radiotoxizität der Abfälle ziemlich exakt vorhersagbar. So komme Kirchner laut Umweltgutachten 2000 beim Inventar des Lagers KONRAD auf eine notwendige Isolationszeit von 10 Millionen Jahre. Damit sei die geologische Endlagerung nach wissenschaftlichen Maßstäben selbst beim KONRAD-Inventar nicht möglich.

Sicherheit – Risiko – Gefahr – Angst

Ehrlicherweise, so Mehnert, könne man nicht von Langzeitsicherheit sprechen, sondern grundsätzlich nur von

Langzeitrisko. Entsprechend dem Philosophen Luhmann sei Langzeitsicherheit ein „Leerbegriff“, er sei eher ein „Ventilbegriff für“ (berechtigte) „soziale Forderungen“.

Setze man diese Überlegungen mit Luhmann fort, dann komme man von der Risikowahrnehmung des Entscheiders zur Gefahrenwahrnehmung der Betroffenen. Erst wenn die Betroffenen nahe an die Entscheidung herankommen können – also in einer Weise beteiligt werden, ohne sie zu überfordern –, könne die Gefahr und die Angst vor der Gefahr zum Risiko rationalisiert werden. So könne auch Flugangst angeblich durch Training im Flugsimulator verringert werden.

Allerdings – das schreibt Mehnert nicht – bedeutet „rationalisieren“ in der Psychologie eine ineffektive Problemlösungsstrategie, etwa nach dem Muster: „Mein Großvater hat auch sein ganzes Leben lang geraucht und ist doch über 80 Jahre alt geworden.“ Unbestimmte Ängste lassen sich zwar durch Information und engagierte Befassung in konkrete Furcht verwandeln, die dann aber ebenso konkret zu bewältigen ist. **Th.D.**

1. www.atommuellkonferenz.de
2. http://endlagerdialog.de/wp-content/uploads/2013/01/Endlager_suche_tab_13.06_17.10_16.01_v er1.pdf
3. <http://endlagerdialog.de> ●

Atommüll

Atommüll-Exporte finden bereits statt

Lobbyist Hennenhöfer leitet das Verfahren

Die Bundesregierung will den Export von Atommüll gesetzlich zulassen, spricht jetzt aber davon, daß die Entsorgung im Inland auch weiterhin „Vorrang“ haben soll. Damit gibt

Umweltminister Altmaier allerdings selbst zu, daß die Entsorgung radioaktiver Abfälle im Ausland als Plan B zukünftig eine Rolle spielen soll. Wenn der Atommüll-Export erst einmal im Atomgesetz steht, dann wird er früher oder später auch stattfinden, kritisiert Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“. Das legen auch die bisherigen Erfahrungen nahe.

Schon ohne gesetzliche Regelung lagern mehr als 20.000 Tonnen strahlende Abfälle aus der Urananreicherungsanlage Gronau (NRW) in Sibirien, werden hochaktive Abfälle aus Forschungsreaktoren regelmäßig in die USA verbracht, gibt es Atommüll-Tauschgeschäfte mit Großbritannien und ist der Verbleib des Urans aus der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente aus deutschen AKW im französischen La Hague ungeklärt, so Stay. Wenn die Bundeskanzlerin jetzt so tue, als wäre die Lagerung von deutschem Atommüll im Ausland ausgeschlossen, dann habe das wenig mit der Realität zu tun.

Daß die Exporte jetzt genau dann zum Thema werden, wenn neue Verhandlungen über das Suchverfahren für einen deutschen Standort für ein Atommüll-Lager anstehen, sei kein Zufall. So habe die Bundesregierung ein weiteres Druckmittel gegen die Opposition in der Hand. Da nutzten auch alle Beteuerungen von Sigmar Gabriel wenig, ab sofort gehöre der Atommüll-Export zur Verhandlungsmasse bei den Parteiengesprächen.

Der für beide Gesetzgebungsverfahren zuständige Abteilungsleiter im Bundesumweltministerium ist weiterhin der Eon-Lobbyist Gerald Hennenhöfer, dessen Vertrag von Minister Altmaier trotz Erreichens der Pensionsgrenze gerade um zwei Jahre verlängert wurde. „Hennenhöfer ist ein bekannter Trickser, dem es

in der Vergangenheit immer wieder gelungen ist, Gesetzestexte so zu konstruieren, dass Hintertüren für die Atomwirtschaft eingebaut werden. So auch jetzt“, erklärt Jochen Stay. ●

Atomwirtschaft

Eon und RWE wollen sich von Urenco trennen

Die Energiekonzerne Eon und RWE wollen sich nach der Atomwende in Deutschland von ihren Anteilen am Urankonzern Urenco trennen. Die beiden Energieversorger suchten einen Käufer für ihre Anteile, erklärte die Regierung der Niederlande im Januar 2013, die ebenfalls an Urenco beteiligt ist. Auch die britische Regierung prüfe den Verkauf ihrer Anteile. Mögliche Interessenten seien der französische Atomkonzern Areva, Finanzinvestoren und Toshiba, meldete die Nachrichtenagentur Reuters. ●

Atompolitik

Referendum für AKW-Bau in Bulgarien gescheitert

Das Referendum über den Bau eines neuen Atomkraftwerks in Bulgarien ist am 20. Januar 2013 gescheitert. Zwar stimmten rund 60 Prozent der an der Abstimmung Teilnehmenden für den Bau, jedoch lag die Wahlbeteiligung bei lediglich rund 20 Prozent der 6,9 Millionen Wahlberechtigten. Für eine gültige Volksbefragung wäre eine Wahlbeteiligung von mindestens 60 Prozent notwendig gewesen. Bei der Abstimmung ging es um das Atomkraftwerk Belene an der Donau. Die konservative Regierung hatte das bulgarisch-russische Milliardenprojekt